

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Kanten und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
50 000 Mt. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Unverändertes Einzelblatt für Kanten.
Abonnementpreis für den Raum der einseitigen Anzeigen
200.— Mt. bei halbjährigen Anzeigen 300.— Mt. bei
vierteljährigen Anzeigen 150.— Mt. bei halbjährigen
Anzeigen 200.— Mt. bei vierteljährigen Anzeigen 150.— Mt.
bei halbjährigen Anzeigen 200.— Mt. bei vierteljährigen
Anzeigen 150.— Mt. bei halbjährigen Anzeigen 200.— Mt.
bei vierteljährigen Anzeigen 150.— Mt. bei halbjährigen
Anzeigen 200.— Mt. bei vierteljährigen Anzeigen 150.— Mt.

Ersteinst täglich.
Monatlicher Bezugspreis 18000 Mt., durch die Post laut
Zeitungsbefehl. Falls wir in der Ausgabe oder in der
Lieferung der Zeitung einen Mangel entdecken, so wird
auf Verlangen der Redaktion der Mangel durch eine
neue Lieferung ersetzt. Für die Redaktion verant-
wortlich: H. Schödel, Kanten.

Nr. 176

Dienstag, den 31. Juli 1923

51. Jahrgang.

Die Ueberreichung der Antwort.

Die belgische und die französische Antwort wurden Montagabend im auswärtigen Amt in London überreicht. Mit der Antwort auf die englische Note wurde Lord Curzon auch der Entwurf einer Antwort auf das deutsche Memorandum an den französischen und den belgischen Botschafter übergeben, die sich nur einige Minuten im auswärtigen Amt aufhielten. Gleich nach ihrem Fortgehen erschien der englische Botschafter, der sich eine halbe Stunde lang mit Lord Curzon unterhielt. Kurz darauf hatte der deutsche Botschafter eine längere Unterhaltung mit Lord Curzon. Wie seit Beginn der letzten Antwort, so wird auch jetzt strengste Stillschweigen bewahrt.

Times vermutet, daß die englische Parlamentsdebatte über die Ruhr- und Wiedergutmachungsfrage am Donnerstag stattfinden wird. Es geht als sicher, daß Poincaré in seiner Antwort an London England ersuchen wird, endgültig zu sagen, welchen Betrag es von Deutschland schulden vergütet werden sollte oder nicht.

Unzufriedenheit über die Antwort.

(TU) Lord Curzon erklärte im Oberhaus ungefragt, daß er noch vor Abschließung des Parlaments in seine Ferien in der Lage sein werde, eine Erklärung über die internationale Lage abzugeben, müsse aber jetzt schon das Versprechen ablehnen, eine Auskunft über die vollständige Situation abgeben zu können. Das kommt auf eine weitere Entwicklung der Dinge an. Wie verlautet, sind Abschriften der französischen und belgischen Antwort auf die englische Note sofort an die Mitglieder des Kabinetts verteilt worden, die sie im Augenblick studieren. Das Kabinett wird sich heute vormittag mit ihm beschäftigen. In eingehenden politischen Kreisen schien man gestern Abend pessimistisch gestimmt zu sein. Man erklärt die Antworten als unbefriedigend. Wie verlautet, soll Poincaré in seinem Schreiben erklärt haben, daß er weder von der Ruhr abgehen, noch eine Milderung in seinem Regime eintreten lassen wolle, ehe Deutschland nicht vollständig kapituliert habe. Weiterhin bringt er die Frage der interalliierten Schulden mit dem Reparationsproblem in Zusammenhang und versucht England klarzumachen, daß Frankreich nur mit einer Herabsetzung der deutschen Schulden einverstanden sein könne, wenn England die Schuldenlast Frankreichs an England herabsetzt. Diese französische Forderung werde insbesondere in englischen Kreisen für unannehmbar empfunden. Man ist der Ansicht, Poincaré hoffe durch Sinausziehen Deutschlands zur Kapitulation zu bringen. Die englische Regierung glaubt dagegen mit einer baldigen Aktion Deutschlands Zusammenbruch verhindern zu können.

Was Keynes vorschlägt.

(W) In der Wochenschrift Nation vertritt Professor Keynes die Auffassung, daß eine Entschädigungssumme von 50 Milliarden Goldmark alle Parteien befriedigen werde. Die Zahl von 50 Milliarden Goldmark sei wahrscheinlich zu hoch für Deutschlands Leistungsfähigkeit, doch werde Deutschland eine solche Regelung annehmen, wenn sie durch ein Tribunal erfolge, auf dessen faire Entscheidung Deutschland vertrauen könne. Dieses Tribunal müsse die Aufgabe haben, die Dauer des Zahlungsaufschubs und die Höhe der Rentenzahlungen, die darauf folgen müßten, festzusetzen. Keynes ist der Ansicht, daß ein voller Aufschub von zwei Jahren angetommen werden müßte, vorausgesetzt, daß die ersten Rentenzahlungen niedrig bemessen werden und sich allmählich steigern. Weiterhin betont Keynes, daß man nicht erwarten könne, daß eine deutsche Regierung sich bereit finde, die drückende Last eines Zahlungsplans auf sich zu nehmen, wenn das gegenwärtige Regime an Rhein und Ruhr aufrechterhalten bleibe. Keine Nation könne ein derartiges Opfer bringen, wenn es nicht der

Mühe wert sei. Es sei denkbar, daß jemand seine Besitztümer ausliefern, um nicht mehr geschlagen zu werden. Deutschland könne aber nichts gewinnen, wenn es Verpflichtungen übernehme, die die Kosten des Widerstandes im Ruhrgebiet überträfen, wenn im seine politische Unversicherheit und Freiheit nicht wiedergegeben werde. Würde Deutschland die Zahlungen beginnen, so würden die Beliden seiner Bevölkerung unerträglich werden, wenn dazu noch unwürdige Behandlung, Abhängigkeit und Unterdrückung in jeder Form kämen.

Nachrichten aus dem besetzten Gebiet.

Der Rheinseffener Ort Heidesheim bei Bingen der zu 2/3 von Eisenbahnen bewohnt wird, hat die Hälfte seiner 3000 Einwohner dadurch verloren, daß 243 Eisenbahnerfamilien mit rund 1500 Köpfen ausgewiesen worden sind. Die achtstellige Volksschule zählt nur noch 130 Kinder. Der Ort macht einen völlig verödeten Eindruck.

Um das Schicksal der Regierung.

Der Reichstag tritt in der zweiten Augustwoche wieder zusammen und die parlamentarische Lage wird sich bis dahin wohl schon einigermaßen klären. Es wird dabei auch um das Schicksal der gegenwärtigen Regierung gehen. Das Kabinett Dr. Cuno hat ganz gewiß in der allgemeinen Richtung seiner Politik die Zustimmung aller Parteien gefunden und auch die nötige Festigkeit bewiesen, um sich weder durch inneren noch durch äußeren Druck von dieser Linie abdrängen zu lassen. Es hat aber doch zweifellos nicht diejenige Aktivität entfaltet, die man in einer so sturmbelegten Zeit unbedingt verlangen muß. Das Gefühl, daß die Regierung Dr. Cuno den Ereignissen allzu freien Lauf gelassen hat, beherrscht weite Kreise, und es wird deshalb entschieden sein, ob es dem Kabinett gelingt, bis zu dem Zusammentritt des Reichstages das Vertrauen durch inzwischen begonnene vermehrte Aktivitäten nachzuholen. Es ist ja namentlich auf dem wirtschaftlichen und auf dem Gebiete der Steuerpolitik viel zu tun. Die Frage, ob die Regierung in dem Unte bleibt oder nicht, darf jedenfalls nicht für unsere Lage entscheidend sein. Und sie braucht es auch nicht, wenn der Reichstag das nötige Verantwortungsbewußtsein besitzt, um lediglich das zu tun, was gegenwärtig allein notwendig ist. Die Regierung Dr. Cuno beruht auf dem Grundgesetz des Zusammenhaltens aller großen Parteien von rechts bis links. Sollen die Männer gewechselt werden, so darf man von diesem Grundgesetz auch nicht eine Stunde lang abweichen. Regierungserfassen können wir uns nicht leisten. Deshalb wird der Reichstag, wenn die Lage einen Wechsel verlangt, unter allen Umständen dafür sorgen müssen, daß das Regierungsschiff nicht ohne Rettung und ohne Steuernachschuß dahinsinkt. Gilt das als Grundgesetz, so wird sich für jede andere Frage eine Lösung finden lassen.

Die neuen Steuerpläne.

welche der Regierungsausschuß antwortete, wurden bereits in einer Sitzung des Reichskabinetts am Montag erörtert. Die Reichsregierung beabsichtigt, so rasch wie möglich ihre Entschlüsse zu fassen, um eine schnelle Entspannung der Lage herbeizuführen. Die Referentenberatungen im Reichsfinanzministerium über die geplante neue Geldanleihe dauern noch an. Eine Vermessung des Anleihebetrages auf 100 Millionen Goldmark wird in einer ersten Emission erfolgen. Der unter Umständen eine zweite Emission folgen könnte. Eine Stillstellung der Anleihe unter fünf Dollar erscheint den zuständigen Stellen nicht zweckmäßig, zumal bereits mit den Sparkassen Fühlung genommen wurde, um eine anteilmäßige Zeichnung auch der kleinen Sparers mit geringen Beträgen durch Vermittlung der Sparkassenverwaltungen zu ermöglichen. Die neuen Steuervorlagen sollen dem Reichstag in der zweiten Augustwoche zugehen. Zunächst sollen die Vermögens-, Erbschafts- und Umsatzsteuergesetze erörtert werden. Die Tarife sollen ganz neu normiert und der Selbstwert entsprechend heraufgesetzt werden. Die Umsatzsteuer wird wieder erhöht auf 2 1/2 Prozent.

Das bereits angekündigte Ruhrpfer wird aus drei Teilen bestehen:

1. Die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, die im November fällig sind, sollen früher eingezogen und von diesen Vorauszahlungen wird der doppelte Betrag als Ruhrpfer besonders erhoben werden.
2. Soll der private Autoverkehr in Form eines fünfzigfachen Betrages der Kraftfahrzeugsteuer dem Ruhrpfer dienlich gemacht werden.
3. Der Exporthandel wird mit einer Aufschlagsgabe belastet, die bis auf weiteres mindestens 2 Prozent betragen soll.

Eine ganz neue Einrichtung soll in dem Steuerzinsgesetz geschaffen werden. Die von den Steuerpflichtigen zu zahlenden Zinsen als Zahlungsausschub oder Steuerfindung sollen der Geldentwertung angepaßt werden. Diese Steuer soll das materielle Fundament geben für die Ausgabe der inneren Goldanleihe.

Demokratische Forderung einer Festmarkrechnung und neuer Steuern.

Der Hauptvorstand der Demokratischen Partei, der am Sonnabend in Gegenwart der der Partei angehörenden Reichs- und Staatsminister tagte, nahm nach den Referaten der Parteivorstandsmitglieder Dr. Peterlen, Erlebens und Dr. Bisher folgende Entschlüsse einstimmig an:

1. Die Wirtschaft des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie die Einzelwirtschaft ist auf eine rechnermäßige Festmark auszubauen. Die Festmarkrechnung ist für alle Steuern, Löhne und Gehälter, die kaufmännische Durchführung im Groß- und Einzelhandel einzuführen. Mit dieser Umgestaltung der Finanz- und Währungspolitik ist ohne Verzug zu beginnen, um die kleinste Erhebung sofort wirksamer direkter Steuern, insbesondere eine Sonderbesteuerung für den Ruhrabnehmer, zu ermöglichen und der Wirtschaftsförderung jedes Einzelnen eine feste Grundlage zu schaffen. Sofort sind zur Eindämmung der Inflation wertbeständige, allen Volksteilen zugängliche Anleihen aufzulegen.
 2. Die Erfüllung dieser Forderungen wird den Deutschen an Rhein und Ruhr den unbezweifelbaren Willen des ganzen Volkes zeigen, mit ihnen in dem Kampfe für Einheit und Freiheit des Volkes auszuharren.
- Eine Fühlungnahme seitens der Demokraten mit Zentrum und Deutscher Volkspartei über die Forderung der Festmarkrechnung hat bereits stattgefunden.
- Am Montag tagte der sozialdemokratische Fraktionsvorstand. Seitens der anderen Parteien wurden Besprechungen nicht abgehalten, weil sich die meisten Parteiführer nicht in Berlin befanden.

Besprechungen des Reichskanzlers mit dem Berliner Oberbürgermeister und Gewerkschaftsvertretern.

Am Laufe des Montags hatte der Berliner Oberbürgermeister Dr. Voß eine Unterredung mit dem Reichskanzler, in deren Verlauf Voß dem Reichskanzler die große Not in Berlin auseinandersetzte, die besonders durch den Mangel an Kartoffeln und Getreide unerträglich geworden sei. Reichskanzler Cuno erwiderte, daß die Regierung Maßnahmen ergreifen werde, um der Inflation durch erhöhte Steuereinnahmen und durch wertbeständige Anleihen entgegenzuwirken. Der Regierung sei erwünscht, wenn gleichzeitig auch von den Ländern energig gegen den arglistigen Luxus vorgegangen werde. Der Reichskanzler sagte ferner zu, daß er vor allem auf schnellere Herbeischaffung von Margarine, Speck und Schmalz bedacht sei. Die Verhandlungen über erhöhte Devisenbeschaffung würden hoffentlich zu einem guten Ergebnis führen. Notstandsmaßnahmen zur produktiven Erwerbslosigkeit abzufügung würden sofort in Gang gesetzt werden, besonders in Fragen über die allseitige Aufnahme solcher Arbeiten, die in einem großzügigen Bauprogramm der Reichsregierung festgelegt sind. Der Reichskanzler versicherte auch für seine Person die sofortige Schaffung einer wertbeständigen Anleihe besonders deshalb, weil sie die Abfederung der Erzeugnisse der Landwirtschaft wesentlich fördern würde.

Im Anschluß an den Empfang des Vertreters der Stadt Berlin fand dann eine eingehende Aussprache der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Beamten mit der Reichsregierung über die schwierige wirtschaftliche Lage statt, die sich infolge der Entwertung der letzten Wochen im Reich ergeben hat. Der Reichskanzler gab zunächst einen Überblick über die Lage und die von der Reichsregierung durchgeführten und weiter geplanten Maßnahmen, insbesondere auch über die Möglichkeit der wertbeständigen Anleihe, die Anpassung der Reichseinnahmen

an die wachsende Geldentwertung und die schwierige Ernährungslage. Die Vertreter der Gewerkschaften legten dar, wie sie sich die Lösung der drängenden Fragen vorstellen. Sie empfahlen Maßnahmen, die teils sofort auf Grund bestehender Gesetze, teils in naher Zukunft durch neue Gesetze und Verordnungen durchgeführt werden könnten, mit dem Ziele, stabile finanzielle Verhältnisse im Reich zu schaffen und damit die Grundlage für eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt zu erhalten. Über diese Anregungen, wie über die Maßnahmen der Regierung, über deren Richtung die Regierungskundgebung vom Sonntag Ausschluß gegeben hat, entspann sich eine ins einzelne gehende Erörterung, in deren Verlauf u. a. der Reichswirtschaftsminister, der Reichsernährungsminister und der Vertreter des Reichsfinanzministeriums Gelegenheit hatten, die von der Reichsregierung verfolgte Politik zu erläutern. Insbesondere legte der Reichsbankpräsident, dessen Mitwirkung in der Reichsbank demontiert werden, die Gründe der bisherigen und der jetzigen Reichsbankpolitik dar. Der Reichskanzler schloß mit Dankworten für die gegebenen Anregungen und mit dem Wunsch, daß die Gewerkschaften auch weiterhin in dieser schweren Zeit in enger Fühlung mit der Reichsregierung halten möchten.

Einschränkung des Kohlenverbrauchs der Industrie.

Eine anscheinend amtliche Verkaufsbearbeitung besagt: Die bisherige Zurückhaltung der Hausbrandlieferung kann nicht eingehalten werden. Unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministers hat sich der Reichsfinanzminister für die Kohlenverteilung entschlossen, den Hausbrand in den nächsten Monaten unter entsprechender Einschränkung der Industrie wesentlich stärker zu beliefern, als bisher. Der Reichsfinanzminister hat seine amtlichen Verteilungsstellen angewiesen, den Versand an die Industrie im großen und ganzen ähnlich einzuschränken, wie die Steinkohlenbezüge bereits seit einiger Zeit eingeschränkt worden sind und zwar im allgemeinen auf die Hälfte der Vorjahresbezüge. Soweit die Industrie sich nicht mit Kohlenrationen helfen kann — die vorläufig noch in ausreichender Menge zur Verfügung steht — wird sich die Industrie in den kommenden Monaten nur durch den Bezug ausländischer Kohle vor wesentlichen Betriebsbeeinträchtigungen bewahren können. Der Reichsfinanzminister hat ferner, je bei den zuständigen Stellen darauf hingewiesen, daß drei industrielle Betriebe nicht in dem bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden können, wenn die Devisenbeschaffung für die notwendige Kohlenzufuhr unmöglich gemacht wird. Es soll versucht werden, durch Sonntagsarbeit im mitteldeutschen Braunkohlengebiet die Arbeiterzeugung zu erhöhen, um dadurch die Einschränkung wichtiger Industrien zu mildern. Bis auf weiteres sollen alle Industrien, mit Ausnahme der Gas-, Wasserwerke und Nahrungsmittelbetriebe in der angegebenen Weise geführt werden. Nur bei den Elektrowerken, sowie bei den Eisen- und Stahlwerken die Kürzung nur in halber Höhe durchgeführt werden. Die Rhein- und Ruhrkohlenlieferungen bleiben bei dieser Neuregelung unberührt, da sie bereits auf Grund der gleichen Kürzungsmaßstäbe berechnet waren.

Schwere Anklage des Generals Hoffmann gegen Ludendorff.

General Hoffmann, der deutsche Kommandeur an der Ostfront, veröffentlichte zugleich im „Manchester Guardian“ und in der „New York World“ seine Kriegserinnerungen. Der erste Abschnitt, der veröffentlicht wurde, enthält eine längere Polemik gegen die Politik Ludendorffs. Hoffmann setzt auseinander, daß seine Politik darin bestand habe, der Reichsregierung zu raten, bereits 1914 der Welt mitzuteilen, unter keinen Umständen einen Fußbreit belgischen Bodens zu annektieren, 1916 vor dem Krieg mit Rumänien, war Ludendorff ungefragt derselben Ansicht wie Hoffmann. Später habe sich aber unter dem Eindruck der deutschen Erfolge diese Überzeugung Ludendorffs geändert. Noch einmal unmittelbar nach der Offensive bei Amiens sei Gelegenheit vorhanden gewesen, einen Vergleichsfrieden mit der Entente abzuschließen. Dieser Zeitpunkt sei aber verflüht worden. Ludendorff habe in ausgiebigen Offensiven bis zum Juli 1918 die letzten Kräfte des Reiches aufgebraucht. Wenn Ludendorff nach dem Mißlingen der Offensive bei Amiens rechtzeitig mitgeteilt hätte, daß es jetzt darauf ankomme, Friedensverhandlungen einzuleiten, so hätte man möglicherweise in der Defensive mehrere Monate erfolgreich harren können, während die Vorbereitungen zu Friedensverhandlungen getroffen wurden.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 31. Juli. (Verschiedenes.) Zum Gesetz und den Richtlinien für die Kleinrenten-Versicherung hat der Reichsarbeitsminister umfangreiche Erklärungen aufgestellt. Als Fürsorgeempfänger kommen insbesondere in Betracht: frühere Handwerker, Gewerbetreibende, Kaufleute, Landwirte, Angestellte und Bedienstete von Privatunternehmern sowie Hausangestellte, Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller, Privatgelehrte, Forscher, Künstler, Architekten, Ingenieure, Diakonissen, Ordensschwestern usw. Die Fürsorge tritt nur ein, wenn die Bedürftigkeit durch die Geldentwertung oder andere Kriegsfolgen verursacht ist. Die Gewährung kann mündlich oder schriftlich bei der zuständigen Fürsorgebehörde, in der Regel also bei der Gemeinde, beantragt werden. Die Behörde soll den Antragstellern dabei helfen. Die Leistungen sind den Empfängern unmittelbar zu übermitteln. Bei laufenden Unterstützungen soll der Stand des Vermögens grundsätzlich nicht in Anspruch genommen werden. Bei Heranziehung des Vermögens ist mit wirtschaftlicher Vorsicht zu verfahren.

Der Dollar nach der amtlichen Notierung vom Montag = 1 097 250—1 102 750, das englische Pfund = 4 967 600—5 012 500, der holländische Gulden = 428 925—431 657, der schweizerische Frank = 194 512—195 487 M.

(Das Zwanzigmarkstück = 3 Millionen.) Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank erfolgt vom 30. Juli bis 5. August zum Preise von 3 Millionen Mark für ein Zwanzigmarkstück, 1 500 000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen erfolgt bis auf weiteres zum 50 000fachen Betrage des Nennwertes.

(Umsatzsteuervorauszahlungen.) Vor und nach Verabschiedung des Geldentwertungsgesetzes ist häufig darauf hingewiesen worden, daß die auf Grund der Umsatzsteuererklärung für 1922 erforderlichen Vorauszahlungen und die Vorauszahlungen für die Umsätze des ersten Kalenderjahres 1923 bis zum 30. April 1923 eingezahlt sein müssen. Die Steuerpflichtigen, die diese Frist nicht innegehalten haben, haben ohne Rücksicht auf Verschulden den Verzugszuschlag von 15 v. H. entrichten müssen. Bei den dringenden Geldbedarf des Reiches und bei der häufig geklärten Rechtslage auf dem Gebiete der Umsatzsteuer war ein nachträglicher Entgegenkommen denjenigen Steuerpflichtigen gegenüber, die ihre Zahlungen nicht pünktlich geleistet haben, nicht möglich. Mit Ablauf des Monats Juli 1923 sind Vorauszahlungen auf die Umsätze des zweiten Kalenderjahres 1923 fällig. Alle Steuerpflichtigen werden schon jetzt auf diese Zahlungspflicht aufmerksam gemacht. Die Zahlungen werden nur dann als rechtzeitig angesehen, wenn sie bis zum 31. Juli bei der Kasse eingegangen sind. Ferner gehen gegenwärtig einem großen Teil der Steuerpflichtigen die Veranlagungsbescheide für die Umsatzsteuer des Jahres 1922 zu. Die Steuer ist innerhalb zweier Wochen nach Bekanntgabe des Bescheides zu entrichten. Geht es nicht, so ist gleichfalls für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen Kalendermonat ein Zuschlag von 15 v. H. des Rückstandes zu zahlen. Falls die Zahlung länger als drei Monate im Rückstand bleibt, sind 30 v. H. des gesamten Rückstandes zu zahlen. Die Steuerpflichtigen werden daher zur Vermeidung des hohen Verzugszuschlages gut tun, für rechtzeitige Uebermittlung des Geldes Sorge zu tragen. Hierbei wird erneut darauf hingewiesen, daß als Tag der Zahlung gilt: Bei Barzahlung der Tag der tatsächlichen Zahlungen, bei Bank- und Postgiroüberweisungen an die Kasse sowie bei Einzahlungen auf das Bank- und Postgirokonto der Finanzkasse der Tag, an dem der Betrag bei der Kasse eingeht oder ihrem Bank- oder Postgirokonto gutgeschrieben wird, bei der Zahlung mit Schecks der Tag des Eingangs des Schecks bei der Kasse.

Münche, 31. Juli. (Münchener Fall.) Auf Schacht 3 der Zeche Werne verunglückte Donnerstag morgen der Hauer Karl Winder von hier durch Steinfall aus dem Hangen tödlich. Er hinterläßt Frau und 3 Kinder.

Beltum, 31. Juli. (Der Bauarbeiter Franz Greiner, bisher Herringer, Mühlenstraße 192 wohnhaft, hat am 21. ds. Mts. Herringen mit unbekanntem Missetäter verlassen und einen am 5. Juni 1923 in Gekötz geborenen Knaben Walter Eleron mitgenommen. Greiner ist verheiratet und lebte mit der Mutter des Kindes in wilder Ehe. Es ist zu befürchten, daß G. sein uneheliches Kind befehligen wird. Alle Personen, die über den Aufenthalt Greiners und den Verbleib des Kindes Angaben machen können, werden gebeten, der Polizeiverwaltung Beltum Nachricht zu geben.

Holzwickede, 30. Juli. (Fahrrad diebstahl.) In Unna wurde ein junger wohnungs- und arbeitsloser Mann festgenommen, der in Holzwickede ein Fahrrad stehlen wollte. Er wurde beobachtet und ergriff die Flucht. Er wurde verfolgt und in Unna gestellt und verhaftet. Bei seiner Vernehmung gab er, wie der „S. Anz.“ zu melden weiß, an, daß er vor ca. 8 Tagen in Holzwickede vor einer Wirtin in der Nähe der Zeche ein Fahrrad gestohlen habe. Mit diesem sei er nach Unna gefahren. Hier verkaufte er das Fahrrad in einem Fahrradgeschäft, vor dem in großen Buchstaben „Brennabor“ über der Tür stand, für 300 000 Mark. Weiter gibt er zu, vor ungefähr 8 Tagen in der Höltingstraße hier 4 Herrenknechten von der Zeche gestohlen zu haben. Die Herrenknechte hat er im Wartesaal in Unna an einen Unbekannten das Stück für 15 000 Mark verkauft. Sodann gibt er zu, in Gröndenberg auf der Union 43 neue Fahrradketten gestohlen zu haben, die er

in Dortmund für 129 000 Mark verkaufte. Damit ist das Sündenregister des jungen Mannes noch nicht erschöpft. Er gibt weiter an, in Hamm am Bahnhof einen jungen Mann kennen gelernt zu haben, der nach Schließung fahren wollte. Mit diesem habe er den Zug bestiegen. Im Zuge sei dem Manne eingefallen, daß er nachhaken müsse. Er habe ihm dann den Auftrag gegeben, auf das Gepäck zu achten, worauf der junge Reisende das Hotel verließ. Als der Reisende zurückkam war der Zug bereits abgefahren, aber auch sein junger Freund mit dem Gepäck verschwunden. Der Verhaftete gibt nun an, daß in dem Gepäck nur alte Arbeitsmäntel und Arbeitskleider waren, die er wegwerfen habe. Nur die auf den Namen Reichter lautenden Papiere, habe er an sich genommen. Diese führte er bei seiner Verhaftung noch bei sich.

Menden, 30. Juli. (Als unehelicher Beamter erwies sich der Postbeamte Eichenbusch von hier. Wegen Briefunterdrückung ist er bereits im Januar zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Eines Tages erhielt der Arbeiter Nagel, Vater von 9 Kindern, von seiner Schwester in Amerika einen Scheck über 10 Dollar. Er unterschlug den Brief, fälschte die Scheckquittung und betrug den armen Mann um das amerikanische Geld, obwohl er selbst in gesicherter Beamtenstellung sein Auskommen hatte. Die Hagener Strafkammer erkannte für den gemeinen Streich auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten, auch wurde dem Verurteilten die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Das Gericht betonte, daß der frante Staat solche minderwertigen Beamten nicht brauchen könne, die in dieser Weise das Vertrauen zu den Behörden untergraben.

Duer, 30. Juli. Vermißt wird seit etwa 4 Wochen die 16jährige Lucie Geimer aus der Schaller Straße. Das Mädchen lernte auf einer Eisenbahnfahrt eine Frau kennen, die sich erbot, dem Mädchen eine Stelle zu beschaffen. Es wurde dann nach einigen Tagen von der Frau hier abgeholt und ist seit dieser Zeit verschwunden, jedoch anzunehmen ist, daß das Mädchen einer Mädchenhändlerin in die Hände gefallen ist. Das Mädchen trug ein blaues Kleid mit eingefasster schwarzer Ärmel, schwarze Strümpfe, schwarze Halbschuhe und weißen Putz. Die fragliche Frau ist etwa 40 Jahre alt und 1,40 Meter groß. Sie trug glatt über dem Kopf gekämmtes Haar, hat aufgeworfene Lippen und spricht schlesische Mundart. Velleidet war sie mit einem grauen Kleid und gestreifter Schürze. Sachdienliche Angaben wollen beim Kriminalrevier 1, Buer-Weise, Westerholter Straße 16, Zimmer 7, erstattet werden.

Sachsen an die Reichsregierung.

(TU) Die Nachrichtenstelle in der Dresdener Staatskanzlei schreibt: Die sächsische Regierung hat unter dem 25. an die Reichsregierung folgendes Schreiben gerichtet: „Die Reichsregierung hat am 18. d. Mts. durch die Presse eine Erklärung veröffentlicht in der sie zu den Möglichkeiten eines Bürgerkrieges Stellung nimmt. Am Schluß dieser Erklärung heißt es, daß die Reichsregierung bemüht ist, mit den Bundesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen. Sie gibt bekannt, sie würde es auch in dieser Beziehung an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit nicht fehlen lassen.

Diese Erklärung hat hier außerordentlich überrascht. Die Öffentlichkeit muß sich angesichts dieser sonderbaren Formulierung fragen: Warum legt die Reichsregierung so besonderen Wert auf die Feststellung, daß sie bemüht ist, mit Sachsen und Thüringen ein Einvernehmen zu pflegen und daß sie in dieser Beziehung es an ernster Aufmerksamkeit nicht fehlen lassen werde. Soll damit gemeint sein, daß die sächsische und thüringische Regierung einer besonderen Überwachung bedürfen? Soll in dieser Beziehung behauptet werden, in Sachsen hätten die inneren Verhältnisse derartige Formen angenommen, von Sachsen aus, ein Bürgerkrieg drohe? Die Reichsregierung hat in vorliegenden Rundschreiben mit Recht darauf hingewiesen, daß es Sache der Länder sei, für die Ordnung im Innern zu sorgen. Wenn die Reichsregierung in ihrer Erklärung vom 18. 7. sagt, sie werde es in Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse nicht an pflichtgemäßer ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen, so kann das bedeuten, daß nach Auffassung der Reichsregierung die sächsische und thüringische Regierung in der Beziehung nicht eine pflichtgemäße ernste Aufmerksamkeit angewandt hätten und daß gerade von Sachsen und Thüringen aus die Gefahr eines Bürgerkrieges drohe. Die sächsische Regierung darf die Reichsregierung um eine Erklärung darüber bitten, ob dies der Sinn ihrer Erklärung ist, gegebenenfalls, was sonst der Sinn dieser Stellen ihrer Erklärung ist und was sie zu einer derartigen Stellungnahme gegen die sächsische Regierung veranlaßt hat. Für den Fall, daß die Reichsregierung behaupten will, von Sachsen aus drohe die Gefahr eines Bürgerkrieges, darf die sächsische Regierung um Mitteilung der Tatsachen bitten, auf die die Reichsregierung eine solche Annahme stützt.

Die Leipziger Demonstrationen.

(TU) Im Gegensatz zu anderen Landesteilen waren für den Freistaat Sachsen keine Verbote von Versammlungen unter freiem Himmel und Demonstrationen für den gestrigen Antifaschisten-Tag erlassen worden. Infolgedessen hatten die Kommunisten für den Sonntag vormittag Demonstrationen gegen den Versöhnungsfrieden, gegen den Ausverkauf Deutschlands und für den Anschluß an Sowjetrußland einberufen. Die Demonstranten trugen Plakate mit der Aufschrift: „Nieder mit den Faschisten — Hoch die Internationale — Welt Marx Bolschewisten.“ Obgleich die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften sich von diesen Kundgebungen ferngehalten haben, war der große Augustusplatz fast zur Hälfte mit Menschen angefüllt. Für den geordneten Ablauf in den Straßen sorgten die Kommunisten selbst. Die Polizei verhielt sich völlig neutral.

Bereinsnachrichten.

Kamen, 31. Juli. Der Bund der Männergesangsvereine Kamen hält am Mittwochabend 9 Uhr bei Neff eine Versammlung ab, zu der alle Sänger der dem Bunde angeschlossenen Vereine dringend eingeladen werden. Wichtige Angelegenheiten machen das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich; so soll über die Mitwirkung bei der Versöhnungsfeier am 11. August beraten und wichtige Angelegenheiten des Bundes besprochen werden.

Sport.

Kamen, 31. Juli. Im Eröffnungsspiel der diesjährigen Fußballspielzeit stehen sich am Mittwoch, 1. August, auf dem Sportplatz in der Werfch die ersten Mannschaften des Sportvereins Hufen-Kurl und des Hiesigen Sportvereins gegenüber. Die Gäste gehören der A-Klasse an und sind als beachtenswerter Gegner bekannt. Das Vorspiel der beiden Mann-

schaften in Kurl endete 2:2 unentschieden. Sportvereins Elf tritt in einer neuen Aufstellung an, die sich hoffentlich bewähren wird. Das Spiel beginnt 6.15 Uhr.

Getreidepreise.

Dortmund, 30. Juli. Notierungen der Großhandelspreise in 1000 Mark: Weizen 1700—1800, inkl. Roggen 1370—1400, inkl. Hafer 1200—1300, ausl. Hafer 1200—1300, inkl. Gerste 1200—1400, ausl. Gerste 1200—1400, runder Mais 1800—1900, Badermehl 44 300—4750, Weizenmehl 3800—4000, Roggenmehl 3200 bis 3600, Weizenkleie 600—700, gebündeltes Roggen- und Weizenstroh 100—110, Weizenheu, gut, gesund, neue Ernte 130—140, desgl. Kleheu 170—180 desgl. Luzerneheu 190. Preise nominaell und verstehen sich für 50 Kilogramm wagonfrei Dortmund in Ladungen von 10—15 000 Kilogramm.

Wetterbericht.

1. Aug.: Wolken, teils Sonne. Strichweise Gewitter. Schwind.
2. Aug.: Sonne, teils Wolken. Angenehm.
3. Aug.: Raum verändert.
4. Aug.: Sonne, Wolken, warm. Stellenweise Gewitter.

Die Anzeigenpreise und Melanepreise der Kamenener Zeitung erhöhen sich vom 1. August an um 100 Prozent.

Die Beerdigung
des Bergmanns 2322
Arthur Hildebrand
findet nicht vom Trauerhause, sondern von der
Leichenhalle Hohendahlstraße 6 aus statt.

Druckarbeiten
In großer Auswahl empfiehlt
Buchdruckerei
der Kamenor
Zeitung.

Angestammtes Damen-Haar
kauft 100%
W. Steinmann,
Damen-Salon,
Kamen,
Bahnhofstr.

Bund der M.-G.-B. Kamen



Mittwochabend 9 Uhr im Lokale Neff

Sänger-Versammlung

zu der jeder Sangesbruder und die Dirigenten der angeschlossenen Vereine hiermit dringend eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Mitwirkung bei der Versöhnungsfeier am 11. August beiz.
2. Bundesangelegenheiten.

Vollständiges Erscheinen erforderlich.

Der Bundesvorstand.

Auf Grund der Verfügung des Herrn Verbandspräsidenten des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk in Essen vom 21. Juli 1923, Zdb. Nr. VI/33. 2 werden für den Stadtbezirk Kamen die Zuschläge zur Grundmiete nach dem Reichsmietengesetz wie folgt festgesetzt:

1. für Hinzufügungen auf 100 v. H. der Grundmiete
 2. für Verwaltungskosten auf 11 000 v. H. der Grundmiete
 3. für laufende Instandsetzungsarbeiten auf 57 000 v. H. der Grundmiete.
- Die erhöhten Zuschläge gelten ab 1. August 1923.

Kamen, den 30. Juli 1923.
Der Magistrat: Siegler, Beigeordneter.

Mersch!
Mittwoch, 1. August,
abends 6.15 Uhr

Liga-Spiel

gegen 2319

Kurl.

Kaufe

ständig kompl. Einrichtungen sowie Einzeilmöbel aller Art zu sehr hohen Preisen. 2318
H. Blum, Schiffstraße 5.

Chauffeur (Anfänger)
Fahrerschein 2-3 B sucht

Stellung

auf Last- und Personewagen.

Zu erfragen in der Geschft.

Einen gebrauchten 2316

Kinderwagen

(Sitzliegewagen) zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle der Kamenener Zeitung.

Alte

Blumentöpfe
kauft jede Anzahl zu guten Preisen. 2312
Gärtnerlei Besterich.

Suche zum 1. September

ein älteres, erfahrenes

Hausmädchen

Frau Nebelauer Schubert,

Kamen, Bahnhofstraße 47.





Für die Frauen

Wöchentliche Gratis Beilage

„Fürs Heim.“

„Über elegant“

(Nachdruck verboten)

„Wenn ich die dann nur gefalle.“ „Dummes“, sagte sie, „du bist ja eine Frau, du solltest wissen, was elegant ist.“

„Du bist ja eine Frau, du solltest wissen, was elegant ist.“ „Du bist ja eine Frau, du solltest wissen, was elegant ist.“ „Du bist ja eine Frau, du solltest wissen, was elegant ist.“

In die Mütter!

„In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“

„In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“

„In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“

„In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“ „In die Mütter!“

Rinderpflanze in früherer Zeit.

„Rinderpflanze in früherer Zeit.“ „Rinderpflanze in früherer Zeit.“ „Rinderpflanze in früherer Zeit.“ „Rinderpflanze in früherer Zeit.“

Ein zerrissener Wundarzt.

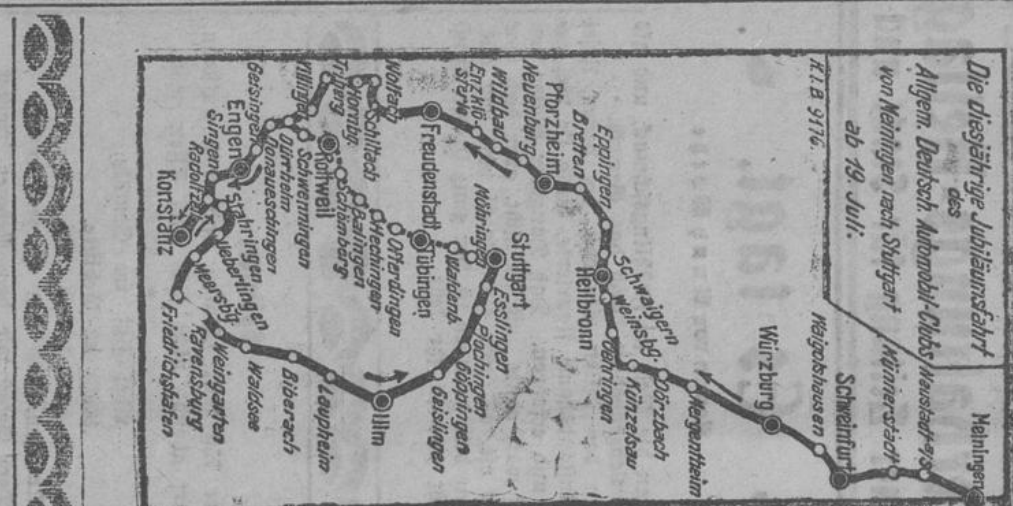
„Ein zerrissener Wundarzt.“ „Ein zerrissener Wundarzt.“ „Ein zerrissener Wundarzt.“ „Ein zerrissener Wundarzt.“ „Ein zerrissener Wundarzt.“

Ein sonderbarer Brauch.

„Ein sonderbarer Brauch.“ „Ein sonderbarer Brauch.“ „Ein sonderbarer Brauch.“ „Ein sonderbarer Brauch.“ „Ein sonderbarer Brauch.“

Wenn Tiere sterben.

„Wenn Tiere sterben.“ „Wenn Tiere sterben.“ „Wenn Tiere sterben.“ „Wenn Tiere sterben.“ „Wenn Tiere sterben.“



Die deutsche Währungsreform

„Die deutsche Währungsreform.“ „Die deutsche Währungsreform.“ „Die deutsche Währungsreform.“ „Die deutsche Währungsreform.“

„Die deutsche Währungsreform.“ „Die deutsche Währungsreform.“ „Die deutsche Währungsreform.“ „Die deutsche Währungsreform.“

Fortsetzung folgt.

„Fortsetzung folgt.“ „Fortsetzung folgt.“ „Fortsetzung folgt.“ „Fortsetzung folgt.“

Die deutsche Währungsreform.

„Die deutsche Währungsreform.“ „Die deutsche Währungsreform.“ „Die deutsche Währungsreform.“ „Die deutsche Währungsreform.“